

Beat Kappeler

Erfolgsrezepte der Schweizer Wirtschaft – sind sie nachhaltig?

Die Erfolge der Schweizer Wirtschaft springen ins Auge:

- Wachstum des Inlandprodukts von +1,4% - Eurozone minus 0,4%
- Arbeitslosigkeit 3,4% - Eurozone 11,8%
- Zunahme Arbeitsplätze +1,6% - Eurozone minus 1,4%
- Jugendarbeitslosigkeit 3,6% - Eurozone 24,4%
- Staatsschulden ca. 37% des BIP – Eurozone 90%
- Inflation 2012 minus 0,7% - Eurozone +2,5%
- Altersrenten steigend – Eurozone fallend

Das sind einige Kernzahlen, es gäbe mehr. Ausserdem werden die Zahlen der Eurozone durch die recht gesunden Volkswirtschaften Deutschlands, Oesterreichs, Finnlands, Hollands massiv aufgebessert. Die Lage in Südeuropa und Frankreich ist weit schlimmer.

Nicht nur Eigenleistung, sondern Fehler der anderen

Diese Unterschiede zugunsten der Schweiz entsprechen nicht immer eigenem Verdienst. Vielmehr glänzt sie oft schon, nur weil die anderen Länder grobe wirtschaftspolitische Fehler machen. Westeuropas Fehler können in drei grossen Optionen moderner Gesellschaften klassiert werden. Zuerst einmal herrschte Panik in den 80er und 90er Jahren, als die Vollautomation und die Globalisierung die Industriearbeitsplätze zu vernichten schienen. Die Politiker und Gewerkschaften wollten deshalb „die Arbeit umverteilen“ und verkürzten mit dem Brecheisen die individuelle Arbeitszeit. Doch damit sanken das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen, die Umsätze, die Gewinne, die Lohnsumme, die Steuern auf all' dem. Mehr, statt weniger Arbeitslosigkeit war die Folge. Zweitens übernahmen die Politiker aus der Krisenzeit die Lehre von John M. Keynes, dass Nachfrageschwächen mit andauernden Ankurbelungen über Staatsdefizite behoben werden sollen – und nie wurde in guten Zeiten gespart. Die Staatsschulden sind die Folge. Drittens führten die Europapolitiker den Euro als gemeinsame Währung ein. Die Folgen zeigen sich seit drei Jahren dramatisch, weil die Länder des Südens und Frankreich gegenüber

Nordeuropa immer weniger wettbewerbsfähig wurden – steigende Löhne, stagnierende Leistung – und weil sie sich plötzlich zu deutschen Zinsen verschulden konnten. Das liessen sich irische, spanische, portugiesische Hauskäufer nicht zwei Mal sagen, die Politiker des ganzen Südens und Frankreichs auch nicht, sie häuften Staatsschulden an, die bei doppeltem Volumen weniger Zinskosten verlangten als vorher. Da aber das Euro-Projekt überhastet eingeführt wurde, gibt es keine ausgleichen oder zentralen Mechanismen, und die Mitgliedsländer können nicht abwerten. Der Euro ist eine Währung ohne Staat und die Mitglieder sind Staaten ohne Währung.

Die vielen Gipfelkonferenzen brachten für Euroland wenig Linderung, erst als im September 2012 der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, anbot, unbeschränkt südeuropäische Staatsanleihen zu kaufen, falls nötig, führte er ein zentrales Element der Währungsordnung ein: den letzten Anker, das Geld drucken zugunsten der Staatsbudgets. Gelöst sind aber die grundlegenden Verwerfungen nicht.

Drei mögliche Auswege für die Schuldenstaaten

Die grosse Geldmenge kann nach bisheriger Erfahrung zuerst eine Inflation der Vermögenswerte (asset inflation) bringen, dann sickern die höheren Rohstoff-, Nahrungsmittel-, Energie- und Immobilienpreise in die Konsumpreise ein.

Dann müssen die Notenbanken **entweder** die Zinsen mit immer grösseren Geldmengen drücken, **oder** sie emporschiessen lassen und die Schulden abzahlen zwingen, wobei dann Haushalte, Firmen, Banken, Staaten bankrott gehen (wie unter Paul Volcker, FED-Präsident, 1979-81, aber mit heute enormen Dimensionen), oder aber, dies wäre die gute Nachricht, die Politiker sanieren unter dem vorübergehenden Aufschub durch lasche Geldpolitik die Staatsfinanzen, und die Volkswirtschaften kehren zum Wachstumspfad zurück.

Schweizer Erfolgsrezepte

Die drei Fehler Westeuropas sind in der Schweiz positiv herum gespiegelt worden. Der Arbeitsmarkt blieb viel flexibler, die Arbeitszeiten können gedehnt werden, wenn nötig, die Kündigungen sind möglich, weshalb die Firmen überhaupt erst einstellen. Vor allem aber wird immer noch der grössere Teil der Jungen im Lande mit einer Lehre inklusive Berufsschule ausgebildet und sind mit 20 arbeitsmarktfähig. Die Schweizer Fiskalpolitik ihrerseits war in den 90er Jahren in bedenklicher Schieflage, hat sich aber gefangen, es wurde gespart, nicht künstlich „Nachfrage“ erzeugt, und das

Volk hat mit Wucht die Schuldenbremse in der Verfassung verankert (und der Kanton St. Gallen hat sie schon seit 1929). Die Staatsschulden aller drei Ebenen – Bund, Kantone, Gemeinden – sind daher zusammen bald nur noch ein Drittel so hoch, gemessen am Inlandprodukt, wie sonst in Europa. Dies führt zu einem „Engelskreis“, indem die Steuern deshalb viel tiefer sein können als in Westeuropa, was Unternehmen anzieht, Vermögen bilden hilft und auch wieder die Staatsbudgets füttert. Und schliesslich hat sich die Schweiz einen Spielraum der Währungs-, Zins- und Geldpolitik erhalten, indem sie beim Franken blieb. Im Moment muss die Notenbank allerdings den Franken an den Euro anbinden, um die Ueberbewertung abzuwehren, die ausgerechnet dadurch zustande kommt, dass die Schweiz eben seriöse Wirtschafts- und Geldpolitik gemacht hat.

Nichts ist nachhaltig, ausser man pflegt es

In komplexen modernen Volkswirtschaften sind solche Gleichgewichte immer prekär und die Schweiz hat kein Dauer-Abonnement auf Spitzenleistungen, sie muss sie erneuern. Gerade wenn wir erschüttert feststellten, dass ganze Länder irren können, während Jahren und Jahrzehnten, dann ist Selbstzufriedenheit fehl am Platze.

Der Finanzplatz dürfte den Abbau des Bankkundengeheimnisses gut verkraften, er bleibt attraktiv gerade wegen der grundsätzlichen Solidität des Landes. Die Industrie hat in den letzten Jahren sogar Beschäftigte zugelegt, und seit dem starken Franken nicht gezögert, Margen zu opfern; die Belegschaften setzten sich vielerorts zusätzlich ein.

Der Kampf gegen den starken Franken brachte eine potentiell stark erhöhte Geldmenge; Blasen im Immobilienbereich oder bei Obligationen, Aktien sind eine reale Gefahr. Hält der starke Frankenkurs ausserdem lange an, muss die Schweiz – wie Europas Süden – eine „innere Abwertung“ erreichen: keine Lohnsteigerungen, keine Preissteigerungen, keine höheren staatlichen Gebühren und Abgaben. Wenn die Produktivität ansteigt, fallen so die relativen Kosten. Das „Cassis-de-Dijon-Prinzip“, also Güter und Dienste ohne zusätzliche Anforderungen als anderswo, bis hin in die Landwirtschaft, muss dabei auch helfen.

Die Arbeitsplätze im Gesundheits- und Bildungssektor nahmen stark zu, bei leicht schwächerer Konjunktur werden sie zu einem schweren Kostenblock öffentlicher Budgets.

Die öffentliche Verwaltung belastet die Volkswirtschaft und ihr eigenes, bisher schlankes Funktionieren, mit immer neuen Vorschriften wegen behaupteter Sicherheit oder Verrechtlichungen (Kinderhorte, Hundekurse,

Banküberwachung, Vermögensverwalter, Bargeldeinschränkung, Energiepolitik).

Vorstösse politischer Lager kommen dazu: Ein allgemeiner nationaler Mindestlohn würde Arbeitsplätze kosten, eine Einheitskasse der Krankenversicherung den – geringen – Kostenwettbewerb eliminieren.

Das Volk hat die Zweitwohnungsinitiative und soeben das revidierte Raumplanungsgesetz angenommen. Dies sind Zeichen der Ungeduld, dass einerseits der „Dichtestress“ der Einwanderung von den Politikern nicht bewältigt wurde, und dass die Sorge über ein Wachstum zunimmt, das die Landschaft verschandelt. Hier wartet eine zentrale Ausgleichsaufgabe für unser Land. Es geht um zahlbare Mieten, um touristische Attraktivität und um eine lebenswerte Naherholung.

Man darf auf unseren Sozialstaat stolz sein, doch gleichzeitig auch sagen, dass er voll ausgebaut ist. Es muss möglich sein, zu korrigieren, etwa die Altersrenten dem Inlandprodukt und dem Verhältnis Alt/Jung laufend anzupassen, die Renten der Zweiten Säule den Erträgen der Kapitalmärkte, die IV-Renten auch abzusetzen, wenn die Verhältnisse ändern.

Man sieht also, Gefahren fehlen nicht. Der Diamant „Schweiz“ muss immer weiter geschliffen werden. Westeuropa hat Fehler gemacht, sie sind nicht mit Verspätung auch hier nachzuholen, und Forderungen aus Brüssel dürfen auch mal kurz und knapp abgelehnt werden. Die Schweiz, Norwegen, Schweden, Britannien, Polen machen nicht alle Vergemeinschaftungen mit, sie sind die wahren Europäer, sie pflegen den Wettbewerb der Lösungen, der in der ganzen Geschichte diesen Kontinent vorwärts gebracht hatte.

Die aufstrebenden Länder Asiens und Lateinamerikas pflegen meistens eine nüchterne Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ihre Arbeiterschaften sind nicht durch sanfte Versprechungen der westeuropäischen Politiker gegängelt und verwöhnt. Das Vorbild der neuen Industrieländer gilt auch für die Schweiz – die vollautomatische Produktion, moderne Technik, Kapitalreichtum sind kein Ersatz für persönliche Leistung, für eigene Verantwortung in allen Lebenslagen und für einen schlanken, effizienten Staat.